

Auch bei der Summer School 2010 zählte Bildung zu einem der Tagesthemen, dieses Jahr der Schwerpunkt „Lebensbegleitendes Lernen und Migrationen“.

Als Keynote-Speaker konnte **Annette Sprung** (Universität Graz/Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft, Fachbereich Weiterbildung) gewonnen werden, die zur Frage „**Welche Weiterbildung braucht die Migrationsgesellschaft?**“ referierte. Bildung und Weiterbildung sind, so leitet Annette Sprung ihren Vortrag ein, „ein Baustein auf dem Weg zur Lösung gesellschaftlicher Problemlagen“, dessen Möglichkeiten von den jeweiligen Rahmenbedingungen abhängen. MigrantInnen wurden in der Erwachsenenbildung von der Forschung wie von den Bildungseinrichtungen lange Zeit wenig beachtet. In der Praxis gibt es mittlerweile eine Reihe von Angeboten und Projekten, vor allem frauenspezifische Einrichtungen sind sehr aktiv. Innerhalb der Erziehungswissenschaft hat sich ein eigenständiges Arbeitsgebiet etabliert, das va. unter dem Sammelbegriff „Interkulturelle Pädagogik“ bekannt ist (auch „Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“, „transkulturelle Bildung“, „rassismuskritische Bildung“ ua.). Zum Weiterbildungs-handeln von MigrantInnen sind relativ wenige Daten verfügbar, hinzu kommt, dass die Gruppe der MigrantInnen sehr heterogen ist. Insbesondere MigrantInnen aus der Türkei und aus dem ehemaligen Jugoslawien weisen eine niedrige Weiterbildungsbeteiligung auf. Eine Reihe von Barrieren kann die Weiterbildungsbeteiligung einschränken, etwa rechtliche Begrenzungen, soziodemographische Faktoren, familiäre Unvereinbarkeiten und zu hohe Kosten. Von Seiten der der Weiterbildungseinrichtungen kann etwa die Unterrichtssprache, das Lerntempo, Diskriminierung durch andere Teilnehmende bzw. Lehrende zu einer (zuweilen auch unbeabsichtigten) Barriere werden. Weiterbildung kann auch zur Dequalifizierung von MigrantInnen führen, wenn etwa ÄrztInnen in PflegehelferInnenkurse oder studierte Pädagoginnen in eine Tagesmütterausbildung vermittelt werden. Als Herausforderungen für die Weiterbildung in einer Migrationsgesellschaft sieht Sprung die Schaffung eines gleichberechtigten Zugangs, die Etablierung eines professionellen Umgangs mit Diversität und Diskriminierung, die Schaffung zielgruppenspezifischer Angebote sowie die Entwicklung migrationssensibler, rassismuskritischer Kompetenzen. Generell gelte es am Bewusstsein für die „Normalität“ der Migrationsgesellschaft zu arbeiten, und auch Selbstorganisationen von MigrantInnen als neue Akteure zu berücksichtigen. Mehr und gezieltere Forschung sowie Vernetzung und Interdisziplinarität in diesem Bereich wären notwendig. Grenzen der Weiterbildung ergeben sich aus Sicht von Sprung aus den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen (Migrationsregime), allgemeinen strukturellen Entwicklungen (Arbeitsmarkt, Wirtschaftskrise) und einer symbolische Ordnung, die Diskriminierung (zB Hautfarbe, Kopftuch) ermöglicht und legitimiert.



**Lynne Chisholm** (Universität Innsbruck, Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Innsbruck, Forschungszentrum Bildung-Generation-Lebenslauf) behandelt in ihrem Vortrag die Frage der „**Institutionellen Rahmenbedingungen für eine lernende, mobile Wissensgesellschaft**“. Eine Wissenschaftsgesellschaft ist per Definition lernend und mobil, diese Merkmale haben Auswirkungen auf die Bedeutung und Anerkennung von



Bildung und Qualifikation. Was die österreichischen Rahmenbedingungen betrifft, so gilt Österreich gemäß European Innovation Scoreboard – dieses schätzt die kollektive Fähigkeit eines Landes ein, sein kreatives Potential in kreatives Handeln umzusetzen –, als „innovation follower“. Kernherausforderungen sind für Österreich der Abbau von Bildungsungerechtigkeiten (hinsichtlich Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, sozialer Herkunft etc.), die Verbesserung der Durchlässigkeit und der Ausbau des tertiären Sektors, um neue Zielgruppen zu erreichen (vgl. ExpertInnenbericht zur Umsetzung einer LLL-Strategie in Österreich 2009). Unter Personen mit Migrationshintergrund besteht in Österreich ein bipolares Bildungsmuster, sie sind insbesondere bei den Niedrigqualifizierten überproportional vertreten. Institutionen wie das Bildungssystem sind nicht wertfrei, sie verkörpern Normen und Traditionen einer Gesellschaftsordnung. Einrichtungen zur Validierung formaler Qualifikationen und nichtformal/informell erworbener Kenntnisse sind für MigrantInnen, die in der Regel über weniger soziale Netzwerkressourcen und Kenntnisse über den neuen Kontext verfügen, wichtige „gatekeeping“-Instanzen. Die institutionellen Rahmenbedingungen (können) verhindern, dass Wissen und Können von MigrantInnen adäquat ins Aufnahmeland transferiert werden. In Österreich sind davon vor allem niedrig qualifizierte MigrantInnen betroffen, die auf nichtformalen und informellen Weg Kompetenzen erworben haben. Ein neueres Phänomen ist, dass Wissen und Können mobil werden, während Menschen immobil bleiben (zB Callcenter, IKT). Chisholm hält dazu fest, dass „sich [schon jetzt] die politische Diskussion um die Einwerbung von hochqualifizierten Arbeitskräften [fokussiert] und weitaus weniger um eine gründliche Überprüfung der institutionellen Rahmenbedingungen, welche die Chancen und Risiken derjenigen, die schon hier sind und die aus verschiedentlich nuancierten, guten Gründen weiterhin kommen werden (müssen), maßgeblich gestalten“. Insgesamt sollten soziale Netzwerkressourcen von MigrantInnen stärker gefördert werden und „mehr Vertrauen in diejenigen ... [gesetzt werden], die in und durch Mobilität recht viel lernen und lernen müssen“, so Chisholm. Die Herausforderung bei der Gestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen bestünde darin, „Mobilität und Bildung so zu ermöglichen und zu fördern, ohne sie durch eine verzerrte Brille zu verherrlichen“. Für eine Konfluenz zwischen Bildung und Qualifizierung auf hohem Niveau und ein Lebensumfeld, das von Heterogenität und Toleranz geprägt ist, müsse in Österreich noch viel getan werden.



Die Vortragsrunde des Vormittags rundete eine Kurzreferat von **Philip Martin** (University of California/Davis) ab, der eine amerikanische Perspektive zum Thema: „**Integration von ImmigrantInnen durch Bildung und Beschäftigung**“ einbrachte. Die USA zählen zu den großen Einwanderungsländern der Welt. Einer von fünf MigrantInnen weltweit kommt in die USA, berücksichtigt man nur die Industrieländer, ist es jeder Dritte. Insgesamt leben etwa 39 Millionen MigrantInnen in den USA (im Ausland geboren). Der Großteil der MigrantInnen stammt aus Mexiko (12 Millionen), der Karibik und Lateinamerika (10 Millionen) sowie Asien (10 Millionen). Bei hispanischen MigrantInnen findet eine „negative Selektion“ statt, dh. sie sind weniger gebildet und ärmer als ihre Landsleute in Mexiko (Ausnahme: Kuba), umgekehrtes gilt für MigrantInnen aus Asien („positive Selektion“). Die USA haben keine spezifischen Integrationspolitiken. Integration wird als „Privatsache“ gesehen, die über die Beschäftigungsmöglichkeiten für MigrantInnen in der Privatwirtschaft erfolgen soll. Allerdings gelten viele MigrantInnen als arbeitende Arme („working poor“). Bildungs-/Ausbildungsangebote werden in USA für MigrantInnen vor allem von ArbeitgeberInnen angeboten, insbesondere Sprachkurse. Beispielsweise bieten viele Fleischverarbeitungsbetriebe eine Stunde vor Schichtbeginn einen Englischkurs an. Der Großteil der Kontroversen betrifft die Kinder von ImmigrantInnen, dabei vor allem die Frage der Unterrichtssprache. In den großen Einwanderungsstaaten zeigt sich die Tendenz, so Martin, von

bilingualem Unterricht auf Englisch als Unterrichtssprache umzustellen. Bei der höheren Bildung ist ein starker Anstieg von (privaten) gewinnorientierten Colleges zu verzeichnen, die einen hohen ImmigrantInnen-Anteil unter den Studierenden haben. Die größte Einrichtung dieser Art ist die Universität Phoenix. Im Vergleich zu Europa haben die USA eine hohe Arbeitsmarktintegration unter den ImmigrantInnen, allerdings zählen viele Familien zu den arbeitenden Armen („working poor“). Europa hat dahingegen vergleichsweise weniger arbeitende Arme, aber Probleme bei der Arbeitsmarktintegration von MigrantInnen, insbesondere Frauen und die zweite/dritte Generation haben wesentlich niedrigere Beschäftigungsquoten.



Am Beginn des Nachmittags stand ein Impulsreferat von **Rüdiger Teutsch** (bm:ukk/Abteilung "Migration, interkulturelle Bildung und Sprachenpolitik") zu den **Empfehlungen der OECD-Länderprüfung „Migration und Bildung“**. SchülerInnen mit anderen Erstsprachen sind in Österreich in den verschiedenen Schultypen ungleich vertreten (überdurchschnittlich in Sonderschulen, unterdurchschnittlich in der AHS-Unterstufe). In

der PISA-Studie 2006 wurde festgestellt, dass SchülerInnen mit anderen Erstsprachen schlechter abschneiden als „einheimische“ SchülerInnen und die zweite Generation schlechter als die erste Generation (Leseleistungen, Naturwissenschaften). Auch sind SchülerInnen mit Migrationshintergrund öfter von Klassenwiederholungen betroffen als SchülerInnen ohne Migrationshintergrund (Altersgruppe 13-15 Jahre 23 % der SchülerInnen mit Migrationshintergrund, 13 % der SchülerInnen ohne Migrationshintergrund). Auch das Risiko eines vorzeitigen Bildungsabbruchs („early-school-leavers“) ist höher, besonders unter Zuwanderern aus Nicht-EU-15 Geburtsländern. Gemäß OECD-Länderprüfung geht Österreich aufgrund verschiedener struktureller Merkmale schlecht mit Unterschieden und Chancengerechtigkeit um; alle SchülerInnen würden von Maßnahmen profitieren, die die Chancengerechtigkeit des Bildungssystems erhöhen. Zu den universellen „equity“ Maßnahmen, die von der OECD empfohlen werden, zählen: ein früherer Einstieg ins Bildungssystem, der spätere Zeitpunkt der Entscheidung über Bildungswege sowie der Ausbau des Angebots an ganztägigen Betreuungsformen. Für SchülerInnen mit anderen Erstsprachen werden als gezielte Maßnahmen empfohlen: den Zugang und das Angebot in der frühkindlichen Bildung zu verbessern, das Angebot zur Sprachentwicklung zu stärken und strukturieren, die Kompetenzen von LehrerInnen und SchulleiterInnen zu stärken sowie die Zusammenarbeit zwischen Schule, Eltern und Communities zu stärken. Über diesen Prioritäten liegen gemäß OECD strukturelle Probleme, wie dass Mehrsprachigkeit und kulturelle Diversität noch zu wenig als Aufgabe von Führungspersonen/Entscheidungsträgern wahrgenommen werden, das



österreichische Bildungssystem sehr stark nach selektiven Kriterien organisiert ist sowie Forschung und Evaluierung von Maßnahmen im Bildungssystem zu wenig Aufmerksamkeit zukommt.

Im von **Gabriele Schmid** (AK-Wien/Abteilung Bildungspolitik) geleiteten Workshop wurde die Frage von **„Migrationen und berufsorientierter Erwachsenenbildung“** diskutiert. Die Diskussion im Workshop knüpfte an die Vorträge und

Diskussionen des Vormittags thematisch an und lässt sich wie folgt zusammenfassen: Von den TeilnehmerInnen des Workshops wurde festgestellt, dass es teils an den passenden, zielgruppenspezifischen Weiterbildungsangeboten mangelt. Der Fokus liege in Österreich vor allem auf der Sprachangeboten, obwohl – so die Sicht der Workshop-TeilnehmerInnen – die Sprache aber nicht der einzige wichtige Faktor sein könnte. In diesem Zusammenhang wurde auf die Situation in den französischen Vorstädten (banlieues) hingewiesen (Bevölkerung beherrscht die Landessprache, dennoch große soziale Probleme). Neben den Weiterbildungsangeboten wurden Hindernisse angesprochen, die es schwierig/unmöglich machen können, Weiterbildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Als Faktoren wurden Arbeitszeiten und Einkommen genannt und die Bereiche Gastronomie, Landwirtschaft und Beschäftigung durch Arbeitskräfteüberlasser angesprochen. Auch Diskriminierungserfahrungen, etwa aufgrund von Akzent, Hautfarbe oder Kopftuch, zählten dazu. Personen mit Diskriminierungserfahrungen sei es schwer zu vermitteln, warum sie Weiterbildungsangebote in Anspruch nehmen sollten. In Österreich bestehe gewissermaßen die Haltung „alles soll so bleiben wie es ist. Vielfalt wollen wir nicht“. Weiterbildung in einer Migrationsgesellschaft sei immer eine Frage der Politik und des politischen Diskurses. Diesbezüglich wurde von den Workshop-TeilnehmerInnen eine gewisse Versachlichung des Diskurses festgestellt – beispielsweise durch die Wiener Integrationstadträtin Frauenberger oder die Initiative „Wirtschaft für Integration“<sup>1</sup>. Generell wurde von den Workshop-TeilnehmerInnen festgehalten, dass bei der Weiterbildung die individuellen Bedürfnisse das Kriterium sein sollten und nicht (allein) der Migrationshintergrund.



Im von **Elfie Fleck** (bm:ukk/Referat für Migration und Schule) geleiteten Workshop hatte die Frage der **„Anforderungen an das Erstausbildungssystem in einer Migrationsgesellschaft“** zum Inhalt. Anknüpfend an die Themen des Vormittags wurde im Workshop folgendes diskutiert: Zur Elternbildung wurde festgehalten, dass die Verantwortung im Erstausbildungssystem nicht zu stark den Eltern übertragen werden sollte, eine Halbtagschule würde dazu beitragen.

Vom BMUKK wurde die DVD „Treffpunkt Schule. Ein Leitfaden für Eltern in mehreren Sprachen“ entwickelt, die Eltern über das österreichische Schulwesen informiert. Im Workshop wurde auch die Frage des Sprachgebrauchs und des Stellenwerts der Erstsprache in der Schule angesprochen (Unterricht nur in Deutsch vs. auch in Erstsprache) und die Frage aufgeworfen, was von zweisprachigen österreichischen Schulen (wie slowenisch, kroatische Schulen) gelernt werden könnte. Generell ist das österreichische Schulsystem einsprachig, Schulklassen sind/können mehrsprachig sein. LehrerInnen sind im grundsätzlich einsprachigen Schulsystem durch die Mehrsprachigkeit ihrer SchülerInnen stark gefordert. Im Workshop entstand die Idee, nach dem Vorbild der vom BMUKK entwickelten DVD „Treffpunkt Schule“ eine DVD zur Unterstützung der LehrerInnen zu entwickeln. Generell gibt es von der OECD ua. Empfehlungen die Lehrerausbildung zu adaptieren und Mehrsprachigkeit und Vielfalt der Gesellschaft in den Curriculum aufzunehmen. Bei der Anerkennung von ausländischen Studienabschlüssen gibt es Probleme. Das betrifft auch Lehrkräfte mit Migrationshintergrund, die häufig mit Sonderverträgen eingestellt werden (können damit dienst- und besoldungsrechtlich schlechter gestellt sein) und nicht immer ausbildungsadäquat beschäftigt sind.

---

<sup>1</sup> <http://www.vwfi.at/>